Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Verantwortl. Haupt-Redacteur
Fr. Hüttner in Reudnitz.
Für d. polit. Theil verantwortlich
Dr. Arnold Bodek in Leipzig.
Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 14,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 36 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 4gesp. Bourgeoisz. 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 293. Donnerstag den 19. October 1876.

Bekanntmachung.

Die von uns unterm 29. vor. Mon. zur Vergebung an den Mindestfordernden ausgeschriebenen, zur Veränderung der Aschen- und Kehrichtgruben im Neuen Johannishospitale erforderlichen Maurer- und Schlosserarbeiten sind vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Submittenten hiermit ihrer Angebote entlassen.

Leipzig, den 16. October 1876.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Im Laufe dieses Jahres sind der Impfung zu unterziehen:

1) die hier aufhältlichen Kinder,
   a. welche im Jahre 1875 geboren worden,
   b. welche im Jahre 1874 geboren sind und im vorigen Jahre der Impfpflicht nicht gehörig genügt haben bez. deren Impfung erfolglos geblieben ist,
2) die Zöglinge öffentlicher Lehranstalten und Privatschulen,
   a. welche im Jahre 1864 geboren sind,
   b. welche im Jahre 1863 geboren sind und im vorigen Jahre der Impfpflicht nicht gehörig genügt haben bez. deren Impfung erfolglos geblieben ist.

Befreit von der Impfung ist ein jedes der zu 1) gedachten Kinder, wenn es nach **ärztlichem** Zeugnisse die natürlichen Blattern überstanden hat, sowie ein jeder der unter 2) bemerkten Zöglinge, wenn er nach **ärztlichem** Zeugnisse in den letzten fünf Jahren die natürlichen Blattern überstanden hat oder mit Erfolg geimpft worden ist.

Impfausstand ist zu gewähren demjenigen Impfpflichtigen, welcher nach **ärztlichem** Zeugnisse ohne Gefahr für sein Leben oder für seine Gesundheit nicht geimpft werden kann.

Nachdem nunmehr die ordentlichen öffentlichen Impfungen beendet sind, werden die **Eltern, Pflegeeltern** oder **Vormünder** hierdurch **aufgefordert,** bei Vermeidung der in § 14 des Impfgesetzes vom 8. April 1874 festgesetzten Strafen nunmehr **ungesäumt** und längstens bis zum Schlusse dieses Jahres die ohne gesetzlichen Grund **unterbliebene Impfung** ihrer impfpflichtigen Kinder und Pflegebefohlenen **nachzuholen** sowie jeden Falls mittelst der vorgeschriebenen Bescheinigung den Nachweis zu führen, daß die Impfung erfolgt oder aus einem **gesetzlichen** Grunde unterblieben ist.

Insoweit daher die Impfpflichtigen nicht in den öffentlichen Impfterminen geimpft und vorgestellt worden sind, haben **die Eltern, Pflegeeltern und Vormünder noch im Laufe dieses Jahres** und **längstens am 30. December 1876** die vorbemerkten Impf- bez. Befreiungsnachweise und zwar bezüglich der oben unter 1) gedachten Kinder auf dem Rathhause (2. Etage, Zimmer Nr. 17) und bezüglich der oben unter 2) gedachten Zöglinge an den betreffenden Schulvorsteher einzureichen, unterbleibenden Falls aber **ohne jede weitere Aufforderung Geldstrafe** bis zu **Fünfzig Mark** oder **Haft** bis zu **drei Tagen** zu gewärtigen.

Leipzig, am 10. October 1876.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Reichel.

Bekanntmachung.

Für die Gewerbeschule sind 24 neue dreisitzige **Zeichentische** à 2,50 M. lang, 0,61 M. breit und 0,79 bis 0,84 M. hoch, mit Schubkästen versehen, nach dem Muster der in der Königl. Kunstakademie in der Pleißenburg vorhandenen, sowie 54 neue Sessel anzufertigen. Nähere Auskunft ertheilt Herr Professor Scheffers, Sophienstraße 9b. Die Lieferung soll an den Mindestfordernden mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietern vergeben werden und es sind die Gebote versiegelt und mit der Aufschrift „Zeichentische" versehen bis Montag den 23. October d. J. Abends 5 Uhr auf der Schulexpedition des Rathes (Rathhaus 2. Etage, Zimmer Nr. 8) einzureichen.

Leipzig, den 17. October 1876.

Des Raths Baudeputation.

Danksagung.

Der am 25. Juli d. J. verstorbene hiesige Kaufmann, Herr **Julius Georg Wappler,** hat der Pensions-Anstalt des hiesigen Stadttheaters ein Vermächtniß von **600 Mark** letztwillig ausgesetzt, für welchen Beweis wohlwollender Fürsorge für unsere Anstalt wir hiermit auch öffentlich unseren Dank aussprechen.

Leipzig, den 14. October 1876.

Der Verwaltungs-Ausschuß der Pensions-Anstalt des Stadttheaters.

Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Kirchenvorstandes zu St. Petri vom 22. September 1876.

Dem wegen Wegzugs aus der Parochie ausgeschiedenen stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Adv. Dr. Fiebiger wird beschlossen, den Dank des Kirchenvorstands in einer besondern Zuschrift auszudrücken und an Stelle desselben Herr Oberstaatsanwalt Hoffmann als stellvertretender Vorsitzender, Herr Selle als Cassendeputirter gewählt. Die Cooptation eines neuen Mitglieds wird verschoben.

Ohne Rücksicht auf die den Bau eines Amtswohnungshauses für die Geistlichen am Schletterplatz ablehnende Entscheidung des Rathes soll die Genehmigung des bezüglichen Beschlusses von der Oberbehörde erbeten und unter angemessener Begründung des Beschlusses dem Rath anheimgegeben werden, etwaige Einwendungen dagegen geltend zu machen.

Es sollen Wochen-Communionen des Freitags im Sommer um 7, im Winter um 8 Uhr in der Peterskirche gehalten werden.

Die beiden Hülfspredigerstellen der Stadt Leipzig waren vom Consistorium als nicht confirmirte angesehen worden. Man beschließt, auf deren Confirmation zu dringen.

Bei gewissen Classen von Begräbnissen wird von der Leichenschreiberei ein Betrag erhoben, welcher an sämmtliche Geistliche der Stadt vertheilt wird. Der auf die Geistlichen der Peterskirche fallende Antheil wird, auf Anregung aus der Mitte der letzteren selbst, als tarifirte Einnahme und somit als in der Fixation mit inbegriffen betrachtet, demnach für die Kirchencasse in Anspruch genommen.

Sämmtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Städtischer Verein.

* **Leipzig,** 18. October. Die Spannung, mit der man nach den bekannten, in diesem Blatte bereits hinlänglich gekennzeichneten Vorgängen der gestrigen Versammlung des Städtischen Vereins entgegensehen durfte, hatte Mitglieder und Gäste in großer Zahl nach dem Kaisersaale der Centralhalle geführt, wo schon kurz nach ½8 Uhr gegen 200 Bürger der Dinge harrten, die da kommen sollten. Die Hoffnungen, die man auf die Versammlung gesetzt hatte, wurden auch vollkommen erfüllt; nur sahen Diejenigen, die sich auf einen „frischen fröhlichen Krieg", auf ein tapferes Eintreten der Herren von der Fortschrittspartei für ihre oppositionellen Bestrebungen gefaßt gemacht hatten, sich gründlich in ihren Erwartungen getäuscht. Die Herren, die es zuerst nicht hatten erwarten können, daß der Verein in ihre Bahnen einlenke, die dem Vorstand und der seitherigen Majorität des Vereins so kriegslustig den Fehdehandschuh hingeworfen hatten, sie waren nunmehr, da ihnen in loyalster Weise Gelegenheit geboten worden, ihre Sache zu verfechten, — zu Hause geblieben. Statt Dessen hatten sie aus der Ferne eine Anzahl von schriftlichen Anträgen abgeschossen, die der Vorsitzende, Herr Adv. Rudolf Schmidt, nach einander zum Vortrag brachte und die, einer nach dem andern, von der Versammlung durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt wurden.

Da war zuerst ein Antrag des Advocaten Dr. Tannert, welcher rundweg eine Aufhebung der heutigen Tagesordnung verlangte. Auf dieser stand der Vorschlag des Vorstandes, bei der bevorstehenden Reichstagswahl mit der Gemeinnützigen Gesellschaft Hand in Hand zu gehen, damit die Liberalen auch diesmal den Socialisten geschlossen gegenüber treten können. Der sonderbare Antrag, sich mit dieser doch nicht ganz unwichtigen Angelegenheit gar nicht zu befassen, fand kein Verständniß bei der Versammlung. Von keiner Seite unterstützt, konnte er nicht zur Discussion gelangen und wurde unter allseitiger Heiterkeit für erledigt erklärt.

Derselbe Antrag hatte noch ein Anhängsel, welches verlangte, daß auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung ein Antrag auf Ausschließung aller und jeder politischen Fragen aus den Verhandlungen des Vereins gesetzt werden solle. Die Versammlung erklärte sich jedoch fast einstimmig dagegen, daß dieser Antrag, der eine Statutenänderung bezweckt, schon in der nächsten Sitzung vorgenommen werden könne.

Ein zweites Schriftstück, unterzeichnet von den Herren Lehrer Beeger, Adv. Francke, Adv. Hesse, Kaufmann Rosencrantz, Dr. Tannert ꝛc., verlangt die sofortige Einberufung einer Vereinsversammlung behufs Neuwahl des Vorstandes, da die letzte Wahl im März 1876 nur eine Ergänzungswahl gewesen, der jetzige Vorstand also nicht das Recht habe, ein volles Jahr zu amtiren. Der Vorsitzende beruft sich dem gegenüber auf das ausdrückliche Zeugniß der Herren Dr. Tannert und Rosencrantz, der seiner Zeit selbst in den Protokollen des Vereins constatirt habe, daß es sich damals nicht um eine Ergänzungswahl, sondern um eine totale Neuwahl gehandelt habe. Der gesammte Vorstand habe sein Amt niedergelegt und der jetzige, völlig neugewählte, habe daher ein volles Jahr (bis zum März 1877) zu wirken. Die Versammlung erklärt sich mit dieser Auffassung des Vorstandes einverstanden; ein Herr Ulbricht protestirt.

Aller guten Dinge sind drei. So ließen denn auch die Herren Francke und Tannert es sich nicht verdrießen und schleuderten noch ein drittes Schriftstück in die Versammlung, in welchem sie erklären:

Mit Rücksicht auf obschwebende für die Oeffentlichkeit noch nicht reife Verhandlungen (??) sehen wir uns außer Stande, uns an einer Debatte über den auf der Tagesordnung der heutigen Versammlung stehenden Vorstandsantrag zu betheiligen, einen Antrag, der — was wir längst wußten — zur Evidenz constatirt, wie fern von jeglichem Einblick in den Stand der Parteiangelegenheiten, wie fern noch viel mehr von einer Betheiligung bei der Beschlußfassung über die einschlägigen Fragen der derzeitige Vereinsvorstand seitens der maßgebenden und leitenden Kreise der nationalliberalen Partei hier gehalten wird (??). Obschon wir weiter einen dem Antrage entsprechenden Beschluß nur als einen uns unschätzbare taktische Vortheile bietenden Fehler der Gegner begrüßen würden, stehen wir doch nicht an, auszusprechen, daß wir uns principiell ablehnend zu jenem Antrage verhalten müssen. ꝛc. . . . Wir legen daher hiermit Verwahrung gegen einen in dieser Richtung zu fassenden Beschluß und dessen Consequenzen ein.

Die Versammlung nahm auch diese höchst mysteriöse Verkündigung mit gutem Humor auf, und unter dem üblichen Protest des Herrn Ulbricht wanderte das Actenstück zu den übrigen. Der Vorsitzende wies noch auf das Widersinnige und Komische der Behauptung hin, daß der Vorstand, dessen Mitglieder zum Theil selbst zu den maßgebenden und leitenden Kreisen der hiesigen nationalen Partei gehören, angeblich über die Vorgänge innerhalb dieser Partei im Dunkeln gelassen werde, also gewissermaßen vor sich selbst etwas verheimliche.

Es wurde nunmehr endlich zur Tagesordnung, zu dem erwähnten Antrag des Vorstandes betreffs der Reichstagswahl übergegangen. Der Vorsitzende leitete die Besprechung mit einem kurzen Hinweis auf die Parteiverhältnisse im Reiche und in Leipzig insbesondere ein. Sowohl den Socialisten, als der neugebildeten Fortschrittspartei gegenüber, die sich kein Gewissen daraus gemacht, zu Gunsten ihrer Sonderbestrebungen den Städtischen Verein zu schädigen, sei ein festes Zusammenhalten der Liberalen, wie es der Vorstand beantrage, dringend geboten.

Herr Stadtrath Cavael giebt seine lebhafte Zustimmung zu diesem Antrage zu erkennen, der völlig auf dem Boden der bisherigen Vereinsbestrebungen stehe. Stets sei der Verein auf ein Zusammengehen aller Liberalen bedacht gewesen, sobald es sich um Wahlen von Bedeutung und um die Bekämpfung gefährlicher Gegner, wie in diesem Falle, gehandelt habe. Der Riß, der im Verein zu entstehen drohte, konnte bedenklich werden für den Stand der liberalen Sache in Leipzig; freuen wir uns, daß dieser Gefahr vorgebeugt ist. (Bravo!)

Herr Adv. Broda geißelt in scharfer und mehrfach von zustimmenden Rufen unterbrochener Rede das Vorgehen der Herren von der Fortschrittspartei. Er erinnert daran, wie diese Herren, fünf an der Zahl, in dem famosen Flugblatte, das sie im vergangenen Sommer losbrannten, alle diejenigen Mitbürger, die ihren Candidaten nicht ohne Weiteres annehmen würden, für politisch unreif erklärt hätten. Wer seien denn aber hier die Unreifen? die zwei großen Gesellschaften, die seit Jahren das öffentliche Leben Leipzigs leiten, denen die angesehensten Männer, die gereiftesten Politiker der Stadt angehören und die nun beschließen: wir wollen diese wichtige Wahlangelegenheit ruhig erwägen und dann gemeinschaftlich vorgehen? oder jenes Häuflein neuer Leute, die vorzeitig, mitten im heißen Sommer — der ihre Heißblütigkeit entschuldigen mag — mit einer Candidatur herausplatzen und, jede Verständigung im Voraus abschneidend, ausrufen: Hier ist Leipzigs Abgeordneter; wählt es ihn nicht, so erklären wir es für unreif?! — Durch solche Taktik der Gegner sei uns freilich jede Möglichkeit einer Vereinbarung, die durchaus nicht ausgeschlossen war, unter den Füßen weggezogen worden. Mit diesen Herren sei nicht zu pactiren; der Verein müsse über sie hinweggehen und wie bei allen früheren Gelegenheiten, mit der gesinnungsverwandten Gemeinnützigen Gesellschaft Hand in Hand in den Wahlkampf ziehen. (Lebhaftes Bravo!)

Der Antrag des Vorstandes wird hierauf einstimmig angenommen.

Herr Stadtrath Nagel ergreift das Wort, um zunächst sein Bedauern darüber auszusprechen, daß die Bürgermeisterwahl weder in der Presse, noch im Vereine besprochen worden sei. Er vertraue zwar, daß die maßgebenden Körperschaften ihre Wahl nur nach reiflicher Ueberlegung gefällt hätten und fällen würden; doch wäre eine Aussprache aus der Mitte der Bürgerschaft gewiß nicht von Uebel gewesen. Bedauerlich sei es ferner, daß die Bewegung, die jetzt unser Land durchzieht, der Kampf gegen die auf der Landessynode ihr Haupt erhebende kirchliche Reaction in Leipzig noch nicht die genügende Unterstützung gefunden habe. Redner verliest die bekannten Kirchenzucht-Anträge, die von orthodoxer Seite bei der Landessynode gestellt sind. (Aeußerungen des Staunens und Heiterkeit.)

Herr Director Peucker spricht sich für einen entschiedenen Protest gegen diese geistesknechtenden Bestimmungen aus, deren Einführung ein Unglück für das Land wäre. Es handle sich hier um ein Stück Culturkampf.

Der Vorsitzende faßt die Debatte, an der sich noch die Herren Schneider, Jansen, Hartwig u. A. betheiligen, in folgender Resolution zusammen:

> Der Verein hält in religiöser Beziehung an dem Grundsatze unbeschränkter Gewissensfreiheit fest und erklärt jeden Versuch, in irgend einer kirchlichen Gemeinschaft Gewissenszucht einzuführen, für verwerflich.

Diese Resolution sowie der Antrag des Herrn Stadtrath Nagel, der Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, sich dem Proteste durch Namensunterschrift anzuschließen, findet einstimmige Annahme.

Nachdem noch eine größere Anzahl neuer Mitglieder in den Verein aufgenommen worden, schließt der Vorsitzende die Versammlung gegen 10½ Uhr.

(Eingesandt.)

Bei der räumlichen Ausdehnung unserer Stadt ist für Viele, besonders Gewerbetreibende, Aerzte ꝛc. die Benutzung der Pferdebahn geradezu zum Bedürfniß geworden. Um so mehr ist zu bedauern, daß die früher bei diesem Institute voll anzuerkennende Pünctlichkeit in Einhaltung der Ankunfts- und Abfahrtszeiten in letzter Zeit, besonders auf der Connewitzer Strecke, vollständig abhanden gekommen ist. Es ist Einsender Dieses zu den verschiedensten Malen begegnet, daß er auf dem Roßplatz 10 Minuten, ja ¼ Stunde auf die Ankunft des von Connewitz kommenden Wagens hat warten müssen, wodurch die nächste Pferdebahn, welche nun bereits am Tivoli kreuzte, zur Rückfahrt nicht benutzt werden konnte. Es kann natürlich nicht verlangt werden, daß die Pferdebahn genau mit der Minute an der oder jener Haltestelle eintreffe, doch muß die schärfste Controle, welche jetzt zu fehlen scheint, das Publicum vor derartigen Zeitverlusten, wie sie jetzt ihm auferlegt werden, unbedingt schützen.

Sehr geehrter Herr Redacteur!

Ihrem in der Montagsnummer des Leipziger Tageblattes veröffentlichten Bericht über den Gemeindetag zu Plauen bitte ich Sie ergebenst folgende Erklärung hinzufügen zu wollen:

In meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vereins sächsischer Gemeindeunterbeamten zur Theilnahme an den Verhandlungen des Gemeindetags durch dessen bisherigen Vorsitzenden, Herrn Bürgermeister Kuntze in Plauen, besonders eingeladen, war ich ohne allen Zweifel berechtigt, an den Debatten theilzunehmen.

Wenn mir dem ohnerachtet das Wort zur Berathung über Gründung eines Pensionsvereins von demselben Vorsitzenden, der mich zur Betheiligung an den Verhandlungen eingeladen hatte, nicht gegeben wurde, so war das Verfahren theils als ein Ergebniß der Vorberathung des Vorstandes, theils als ein Vorspiel der nachfolgenden Verhandlungen anzusehen.

Wie einzelne Vorstandsmitglieder bei den Berathungen am Sonnabend und Sonntag sich gegenseitig bekämpften, so war bei der Vorberathung des Vorstandes am Freitag meine Betheiligung an den Verhandlungen von den Herren Bürger-